



Niederschrift

8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 26.05.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	
Herr Lars Eichert	CDU	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	ab 18:10 Uhr
Herr Ambros Josef Tazreiter	AfD	

sachkundige Einwohner

Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Bertram Otto	SPD
Frau Kerstin Sammer	CDU
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3
---------------------	--------------------

Vertreter der Beiräte

Herr Dr. Klaus G. Hardenberg	Seniorenbeirat
Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen
Herr Kai Okurka	Beirat für Menschen mit Behinderungen
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE	nicht entschuldigt
Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	entschuldigt

Gäste:

Frau Wiebke Bartelt	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Lars Schmäh	Bereich Umwelt und Natur
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Martina Trauth	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Sabine Rooseboom	EIHP e.V.
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.05.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Standard für Einzelfallhelfer*innen an Schulen
Vorlage: 19/SVV/0745
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 4.2 Silvesterfeuerwerk ohne Böller
Vorlage: 20/SVV/0163
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 4.3 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 20/SVV/0223
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- Wiedervorlage -
- 4.4 Pandemiepläne freier Träger
Vorlage: 20/SVV/0421
Fraktion DIE aNDERE
- 4.5 Fonds zur Unterstützung ehrenamtlicher Coronahilfsprojekte
Vorlage: 20/SVV/0422
- 5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/2021
- 5.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 7: Faire Bezahlung: Tarifvertrag im Ernst von Bergmann Klinikum
Vorlage: 20/SVV/0036
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen
Vorlage: 20/SVV/0037
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 12: Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern
Vorlage: 20/SVV/0041
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 13: Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0042
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 18: Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima
Vorlage: 20/SVV/0047
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im Volkspark'
Vorlage: 20/SVV/0049
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Lebensmittelverschwendung verringern
Vorlage: 20/SVV/0131
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -
- 6.2 Information zur Vergabe der Leistung einer Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.05.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Die Niederschrift zur Sitzung vom 12.05.2020 liegt noch nicht vor. Die Abstimmung erfolgt in der Sitzung am 16.06.2020.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Tagesordnung. Sie teilt mit, dass die Tagesordnung um einen Punkt 6.2 „Information zur Vergabe der Leistung einer Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen“ erweitert wird.

Auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE wird die Drucksache 20/SVV/0223 „Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe“ (TOP 4.3) zurückgestellt und erneut aufgerufen, wenn sich der SBWL-Ausschuss damit befasst hat.

Die Bürgerhaushaltsanträge der Tagesordnungspunkte 5.2, 5.4, 5.5 und 5.6 liegen nicht in der fachlichen Zuständigkeit des GSWI-Ausschusses und sollten deshalb lediglich zur Kenntnis genommen werden. Der Bürgerhaushaltsantrag zu TOP 5.1 ist mit Beschluss 20/SVV/0425 erledigt und muss deshalb nicht beraten werden.

Zum TOP 5.3 „Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern“

(DS 20/SVV/0041) liegt ein Antrag auf Rederecht für Frau Rooseboom für den Verein EIHP e.V. vor. Der Antrag sollte heute in erster Lesung beraten und zusammen mit dem Nachtragshaushalt in zweiter Lesung beschlossen werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Herr Dr. Hardenberg informiert, dass nunmehr definitiv die 27. Seniorenwoche, die im Juni in Potsdam mit ca. 40 Veranstaltungen in diesem Jahr nicht stattfinden wird.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) des Landes Brandenburg unter Leitung von Frau Dr. Nonnemacher hat in Abstimmung mit dem Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V., dessen Mitglied der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam ist, dies in Abwägung der mit der Corona-Epidemie entstandenen Probleme und Anforderungen so entschieden.

Die innerhalb der Seniorenwoche durch das Ministerium vorzunehmenden Auszeichnungen (Ehrenurkunden, Veltener Teller) an verdienstvolle Seniorinnen und Senioren soll unter zeitlichen Vorbehalt im Rahmen einer kleineren feierlichen Veranstaltung am Ende des Jahres nachgeholt werden.

Herr Okurka informiert, dass der Vorstand des Beirates für Menschen mit Behinderung neu aufgestellt wird. Die nächste Sitzung findet am 08.06.2020 statt.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Standard für Einzelfallhelfer*innen an Schulen**

Vorlage: 19/SVV/0745

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- **Wiedervorlage** -

Frau Schulze bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein und begründet diesen. Sie betont dabei, dass der Änderungsantrag mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt ist.

Frau Schulze informiert, dass die geplante Akteneinsicht aufgrund der Kurzfristigkeit noch nicht erfolgt ist.

Änderungsantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Ausführungsvorschrift für die Hilfen zur angemessenen Schulbildung zu erarbeiten.

In der Vorschrift sind neben zu definierenden Ausbildungsstandards für Einzelfallhelfer*innen auch Regelungen zu verankern, dass Poolbildungen von Einzelfallhelfer*innen möglich sind sowie die Entgeltfortzahlung bei krankheitsbedingten Ausfallzeiten Anwendung finden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2020 der Entwurf einer Ausführungsvorschrift vorzulegen.

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Inklusion) bittet, den Termin für die Vorlage der Ausführungsvorschriften auf Januar 2021 zu ändern, da der im Änderungsantrag genannte Termin nicht zu halten ist.

Frau Eifer erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Änderungen übernimmt.

Frau Eisenblätter stellt zunächst den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag wird einstimmig **angenommen**.

Anschließend bittet sie um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Ausführungsvorschrift für die Hilfen zur angemessenen Schulbildung zu erarbeiten.

In der Vorschrift sind neben zu definierenden Ausbildungsstandards für Einzelfallhelfer*innen auch Regelungen zu verankern, dass Poolbildungen von Einzelfallhelfer*innen möglich sind sowie die Entgeltfortzahlung bei krankheitsbedingten Ausfallzeiten Anwendung finden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im ~~November 2020~~ **Januar 2021** der Entwurf einer Ausführungsvorschrift vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 4.2 Silvesterfeuerwerk ohne Böller

Vorlage: 20/SVV/0163

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- **Wiedervorlage** -

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) betont, dass die Verwaltung das Ansinnen vom Grunde her als berechtigt ansieht. Er weist darauf hin, dass derzeit eine Bundesratsinitiative zur Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage läuft, die dann rechtssicher durch die Kommunen anzuwenden ist. Diese Initiative wird durch die Landeshauptstadt Potsdam befürwortend begleitet.

Herr Schmäh macht deutlich, dass der vorliegende Antrag so nicht vollziehbar und umsetzbar ist. Er schlägt vor, dass vor Silvester die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt wird, um ein gesteigertes Bewusstsein bei der Bevölkerung dafür zu erreichen.

Frau Eifler spricht sich dafür aus, zumindest für Böller ein Verbot zu erlassen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit wird als sehr wichtig und hilfreich angesehen. Insbesondere die gesundheitlichen Aspekte sollten hier im Vordergrund stehen.

Herr Eichert betont, dass der Verwaltung hier viel aufgebürdet werden soll, ohne dass ein Erfolg in Aussicht steht. Deshalb regt er an, den Antrag zurückzuziehen und abzuwarten, was der Bundesrat entscheidet.

Herr Heuer weist darauf hin, dass auch Leuchtraketen gesundheitsschädigenden Feinstaub erzeugen. Der Antrag ist in der Praxis nicht umsetzbar.

Auf Nachfrage bittet Frau Eifler, über den vorliegenden Antrag abzustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage von § 24 Abs. 2 der Sprengstoffverordnung (1. SprengV) anzuordnen, dass pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 mit ausschließlicher Knallwirkung in dicht besiedelten Stadtgebieten zukünftig auch am 31. Dezember und am 1. Januar nicht mehr abgebrannt werden dürfen.

Diese Anordnung soll rechtzeitig vor dem 31.12.2020 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 3

mehrheitlich **abgelehnt.**

zu 4.3 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe

Vorlage: 20/SVV/0223

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- **Wiedervorlage** -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 4.4 Pandemiepläne freier Träger

Vorlage: 20/SVV/0421

Fraktion DIE aNDERE

Frau Laabs bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Pohle stellt die Stellungnahme des Migrantenbeirats vor, die als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Frau Meier betont, dass von Anfang an bereits die Risikogruppen anders untergebracht wurden. Hier waren aber vorwiegend die Pflegeeinrichtungen im Fokus. Festzuhalten gilt, dass es eine Rechtsgrundlage gibt, dass jede Einrichtung einen Pandemieplan haben muss. Dies ist die Aufgabe der Träger der Einrichtungen.

Aus dem Verwaltungsstab erging der Auftrag an die Träger, diese Pläne zu erarbeiten, soweit sie noch nicht vorliegen. Das Vorhalten der Schutzkleidung ist ebenfalls die Aufgabe der Träger.

Die Erarbeitung der Pandemiepläne liegt in der gesetzlichen Pflicht der Träger, nicht bei der Verwaltung. Diese kann lediglich beraten und fachlich unterstützen.

Frau Eifler stimmt den Ausführungen von Frau Meier zu und macht deutlich, dass die Kriterien und Handlungsempfehlungen durch die Träger erarbeitet werden müssen.

Herr Heuer hat den Ausführungen der Verwaltung entnommen, dass der Kern des vorliegenden Antrages durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Frau Meier macht darauf aufmerksam, dass es in den Potsdamer Flüchtlingsunterkünften vorher keine Erfahrungen mit Pandemien gab. Die Träger wissen jetzt, dass sie Pandemiepläne haben müssen, um Vorkehrungen treffen zu können, wenn es einen Ausbruch gibt.

Sie verweist als positives Beispiel auf die Senioreneinrichtung in Hermannswerder, in der die Situation hervorragend gelöst wurde.

Frau Eisenblätter fasst zusammen, dass der 1. Punkt und der 3. Punkt des Antrages bereits umgesetzt werden. Der 2. Punkt liegt in Zuständigkeit der Träger, nicht der LHP.

Herr Eichert betont, dass aus seiner Sicht die Landeshauptstadt Potsdam noch keinen vollständigen Überblick darüber hat, was vorliegt.

Frau Meier betont, dass die Überprüfung aller Einrichtungen personell durch die Landeshauptstadt Potsdam nicht leistbar ist. Hier sind nur Stichproben möglich.

Herr Eichert bittet, darauf den Fokus zu legen.

Frau Schulze weist darauf hin, dass zu den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge bereits ein Antrag im Geschäftsgang ist, der am 03.06.2020 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird.

Sie betont, dass die Träger die gesetzliche Pflicht haben, Pandemiepläne zu erstellen. Die Verwaltung überprüft diese, wenn Infektionsfälle vorliegen. Des Weiteren unterstützt die Stadt die Träger bei der Erstellung der Pläne.

Die Beschaffung von Schutzmitteln für die Träger ist durch die Verwaltung ebenfalls nicht zu gewährleisten. Dies ist Aufgabe der Träger.

Auf Nachfrage, wie mit dem vorliegenden Antrag weiter verfahren werden soll, bittet Frau Laabs, darüber abzustimmen.

Herr Heuer stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Der Antrag ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Eichert redet dagegen, da nicht alle Punkte erfüllt sind.

Frau Eisenblätter stellt zunächst den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Der **Geschäftsordnungsantrag** wird mit 2 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- zu prüfen, ob die die freien Träger in der Landeshauptstadt Potsdam über Pandemiepläne verfügen, die nach den Erfahrungen mit der SARS-CoV-2-Pandemie hinreichend erscheinen,
- Kriterien und Handlungsvorschläge für die Pandemievorsorge von freien Trägern zu erarbeiten und
- ein Konzept zur zentralen Beschaffung von Schutzkleidung und -ausrüstung für die Landeshauptstadt Potsdam zu erarbeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2020 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 5

mehrheitlich **abgelehnt**.

zu 4.5 Fonds zur Unterstützung ehrenamtlicher Coronahilfsprojekte

Vorlage: 20/SVV/0422

Fraktion DIE aNDERE

Frau Laabs bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass der Haushalt bereits beschlossen wurde und sich der Antrag inzwischen überholt hat. Sie betont, dass die Wertschätzung der Aktivitäten sehr wichtig ist.

Herr Fröhlich schließt sich dem an, betont aber, dass das Engagement unterstützt werden soll.

Frau Vandre regt an, als Kritikpunkt hervorzuheben, dass die Schutzmittel in ausreichendem Maße vorhanden sein müssen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Mittel i.H. v. bis zu 100.000 Euro zur unbürokratischen Unterstützung ehrenamtlicher Coronahilfsprojekte bereitzustellen.

Die Vergabe dieser Mittel soll unbürokratisch durch den Verwaltungsstab erfolgen.

Der Hauptausschuss soll im Juni 2020 über den Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 2

mehrheitlich **abgelehnt**.

zu 5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/2021

zu 5.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 7: Faire Bezahlung: Tarifvertrag im Ernst von Bergmann Klinikum

Vorlage: 20/SVV/0036

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Antrag ist mit Beschluss 20/SVV/0425 erledigt und wird somit nicht beraten.

zu 5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen

Vorlage: 20/SVV/0037

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen, da der GSWI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist.

zu 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 12: Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern

Vorlage: 20/SVV/0041

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Rooseboom (EIHP e.V.) betont, dass auch junge Erwachsene mit einer Behinderung ein Recht auf ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben haben. Da es aber zu wenige Einrichtungen für junge Erwachsene mit Behinderung gibt, leben diese jungen Menschen sehr lange im Haushalt der Eltern.

Sie berichtet, dass mehrere Eltern 2017 den Verein gegründet haben mit dem Ziel, Wohnprojekte für junge Erwachsene zu ermöglichen.

Schwierig ist es, geeignete Wohnungen zu finden, wo diese Projekte ermöglicht werden können. Es gab u.a. auch Kontakt mit der ProPotsdam GmbH im Hinblick auf das Wohnungsbauprojekt in der Heinrich-Mann-Allee.

Frau Rooseboom berichtet, dass es nach der Einbringung des Antrages in den Bürgerhaushalt eine sehr große positive Resonanz aus der Bevölkerung gab.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass sich der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion bereits mehrfach mit dem Anliegen befasst hat und dies unterstützt.

Herr Jekel bietet Unterstützung bei der Suche nach geeignetem Wohnraum an, wenn der Antrag positiv votiert wird. Er weist darauf hin, dass bereits eine positive Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag abgegeben wurde. Es wurden auch bereits Gespräche mit der ProPotsdam GmbH zur Errichtung derartiger Wohnformen geführt.

Herr Eichert betont, dass es eine prioritäre Aufgabe der Verwaltung ist, dieses Anliegen zu unterstützen und zu befördern.

Frau Schulze regt an, den Antrag und das Anliegen insgesamt zu begleiten und nach einiger Zeit einen Zwischenbericht zum Stand abzufordern.

Frau Kiss erklärt, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung den Antrag ebenfalls unterstützt, da diese Wohnformen in die Gesellschaft gehören. Wichtig ist, dass dieser Wohnraum zentral vorgehalten wird und nicht in Randgebieten.

Herr Okurka betont, dass auch darüber nachgedacht werden muss, dass die Pflegekräfte besser zu bezahlen.

Frau Meier sagt zu, dies mit der ProPotsdam GmbH zu besprechen, auch darüber, dass hier vorwiegend Erdgeschosswohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Aber auch mit dem Arbeitskreis Stadtsuren sollte dies besprochen werden.

Die Betreibung der Wohngruppen muss dann durch einen Träger oder den Verein erfolgen.

Frau Eisenblätter stellt fest, dass es von Seiten des Ausschusses eine breite Unterstützung gibt. Sie weist darauf hin, dass die Abstimmung zum Antrag nach einer zweiten Lesung vereinbart wurde.

Frau Trauth verweist auf das Wohn-Projekt der Alzheimergesellschaft. Hier könne sie bei Bedarf Kontakt herstellen, um Ideen und Erfahrungen auszutauschen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 13: Zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0042**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen, da der GSWI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist.

**zu 5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 18: Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima
Vorlage: 20/SVV/0047**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen, da der GSWI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist.

**zu 5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im Volkspark'
Vorlage: 20/SVV/0049**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen, da der GSWI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Lebensmittelverschwendung verringern

Vorlage: 20/SVV/0131

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

- Wiedervorlage -

Frau Meier und Herr Bindheim erklären, dass der Träger, der dies leisten sollte, ausgefallen ist. Daraufhin sollte durch die Verwaltung eine Runde mit unterschiedlichen Akteuren einberufen werden. Diese Auftaktveranstaltung konnte aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Es wurden aber bereits erste Kontakte geknüpft.

Frau Schulze schlägt vor, dass nach der Sommerpause im GSWI-Ausschuss eine Information gegeben werden soll, wann die Auftaktveranstaltung stattfinden wird.

Zur Durchführung der Veranstaltung gab bereits eine Abstimmung zwischen Frau Dr. Günther und Verwaltung.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Information zur Vergabe der Leistung einer Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Inklusion) erinnert daran, dass die Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen seit dem 01.01.2014 in Trägerschaft der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH ist. Sie ist ein etabliertes Angebot in zentraler Lage und damit guter Erreichbarkeit.

Bis zum 31.12.2019 wurde die Kontakt- und Beratungsstelle über einen Zuwendungsbescheid durch die Landeshauptstadt Potsdam und Zuwendungen durch das Land Brandenburg gefördert.

Für das Jahr 2020 wurde ein Zuwendungsvertrag zwischen der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH und der Landeshauptstadt Potsdam mit einer Laufzeit von einem Jahr geschlossen.

Ab dem 01.02.2021 bleibt kein Raum für eine weitere Zuwendung, da die Merkmale für einen öffentlichen Auftrag vorliegen und die Kontakt- und Beratungsstelle dementsprechend ausgeschrieben werden muss.

Die Ausschreibung erfolgt für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2022 mit der Option der zweimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr, also einer maximalen Laufzeit von insgesamt 4 Jahren.

Auf Nachfrage bezüglich des Kostenrahmens teilt Herr Bindheim mit, dass es sich um einen Auftragswert in Höhe von insgesamt ca. 850.000 Euro handelt.

zu 7 Sonstiges

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 16. Juni 2020, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin